

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im amtlichen
Zeitungsbüro-Verzeichnis unter
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung der
„Halle-Zeitung“ gestattet.
Jensen der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Druckerei-Abteilung Nr. 1139,
Postfach-Route Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 66paltigen Anzeigenspalte
der ersten Seite mit 20 Uhr, herab-
wärts und in unfernen Anzeigenspalten
und allen Anzeigen-Beilagen ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 bis
Schluss der ersten Seite am Samstag
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer am Samstag 6 Uhr, Abbestellun-
gen von Anzeigen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Beilagen-
stelle: Halle, Str. Braubachstraße 17.
Haupt-Beilagenstelle Markt Nr. 24.

Nr. 320.

Halle, Mittwoch, den 11. Juli

1917.

Die Engländer über die Yser geworfen.

Ueber 1250 Gefangene, darunter 27 Offiziere.

Vor der Entscheidung.

WTB. Berlin, 10. Juli. Im Anschluss an den gestrigen Kronrat hat Sr. Majestät heute in mehrstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers tritt morgen der Kronprinz zur Besprechung der von Sr. Majestät in Aussicht genommenen Entscheidungen hier ein.

Vergessen nicht die Krone der Rücksicht zu brechen. Es geht vorwärts! Der Wagen ist in der Fahrt und lässt sich nicht aufhalten. Mit dem Ostererlass hat der Kaiser die grundsätzliche Berechtigung der Forderung nach inneren Reformen, nach einem Bruch mit der Tradition des preussisch-deutschen Obrigkeitsstaates anerkannt. Das Volk ist für mündig erklärt. Und ein mündiges Volk lässt sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten nicht aus der Hand nehmen.

Eigene Angelegenheiten des Volkes aber sind alle die Dinge des öffentlichen Lebens, die die Lebensinteressen des einzelnen wie der Nation betreffen. Jeder einzelne hat darunter zu leiden, wenn die Geschäfte in Reich und Staat in der Hand Unfähiger liegen; jeder einzelne gewinnt, wenn auf jedem Wege im öffentlichen Leben nicht Geburt, Geld und Günst, sondern persönliche Tüchtigkeit den Ausschlag gibt. Deshalb darf niemand mehr der großen Bewegung fernstehen, die heute in Deutschland im Brennpunkte des Interesses steht. „Luz res agit!“ Es ist jedes einzelnen Sache, die Sache des ganzen Volkes, aber die jetzt verhandelt wird.

Die Entscheidung soll heute fallen. Der Kronprinz ist nach Berlin befohlen, weil der Kaiser den Erben der Krone den künftigen Kaiser, der an der Neuordnung in Deutschland und Preußen ebenso beteiligt ist wie der Träger der Krone selbst, von dieser Entscheidung nicht ausschließen will. Der Kronprinz hat seinen Umgang bisher mehr in den Kreisen derer gesucht, die für ihre Privilegien fürchten und sich deshalb einer Entdeckung widerlegen, die ihnen Vorrechte nimmt und sie in die Reihe des Volkes stellt, wo sie erst im freien Wettbewerb mit anderen ihre Tüchtigkeit erweisen sollen. Deshalb ist es notwendig, dass der Erbe der Krone genau die Gründe kennt, aus der die Bewegung entspringt. Der Krieg war Lehrmeister vielen, die vorher Gegner der freien Gestaltung inneren Lebens gewesen sind, und er hat wohl auch schon manche der Theorien geklärt, mit denen die Oldenburg, Mirbach, Roeder und ihr Gefolge ihre Staatsanordnung begründeten. Dennoch ist's gut, dass der künftige Träger der Krone an der Entscheidung teilnimmt und genau den kennen lernt, auf den ihn einmüht das Schicksal stellt.

Wie die Entscheidung ausfällt, ist kaum noch zweifelhaft. Wer, wie Kaiser Wilhelm, aus eigenem Antriebe dem deutschen Volke angeht, das es reif und würdig ist, sein Geschick selbst zu gestalten, der wird sich auch nicht scheuen, diesen Gedanken in Zeiten zu suchen. Der Widerstand innerhalb des preussischen Ministeriums ist zu brechen. Wie alle nach dem Bundesrat, auf den die Konventionen aller Hoffnungen setzen. Werden sich diese erfüllen?

Welch hat der Bundesrat sich bisher stets als fester Stütze aller dieser gezeigt, die in dem Obrigkeitsstaate die beste Regierungsform sehen. Doch war es der Einfluss Preußens, der Einfluss unserer Feinde, die ihn zu dem machten, was er war. Wenn in Preußen ein anderer Wind weht, dann ändert sich auch der Charakter des Bundesrats. Die Interessen der länderlichen Staaten ist man durchaus nicht der Überzeugung, dass das Mittelverhältnis des Volkes das Gesetze in Staat und im Reich lockern könnte. Und in Sachsen regt sich mit Macht die gleiche Bewegung. Es bleiben als einzelne Säule aller Feudalverfassung nur noch die Stimmen der beiden Westfalen, die grundsätzlich im Bundesrat gegen jede Neuordnung Verwahrung einlegen könnten. Und selbst das ist zweifelhaft, da die Großherzöge der Ritterschaft gegenüber — wenn auch mit Mangel an Nachdruck — einen moderneren, freilich noch nicht dem Zeitgeiste entsprechenden Standpunkt betonen haben.

Man soll sich darüber nicht täuschen — an keiner Stelle, das es ein Zurück nicht mehr gibt, und dass nur ein wenig Nachgeben den notwendigen Reformen die Beständigkeit und Ruhe der Entwicklung bringen kann. Heute sind die Forderungen der Reichstagsmajorität durchaus gemäßig, wenn man aber erst der Agitation Zeit und Spielraum lässt, so muß das unfehlbar radikalisiert werden. Wir brauchen jetzt unsere Kraft und wollen daher den inneren Kampf vermeiden. Das geschieht nicht, indem man alles heim Allen lässt. Das würde bedeuten, dass sich die übergroße Mehrheit

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Vordringen des Westfronts ist es mit dem gestrigen Teile der Kampfberichte der Westfront Infanterie nach planmäßiger, wirkungsvoller Feuerbereitung die von den Franzosen hart ausgehalten, seit kurzem von den Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Bombardierung.

Der Feind wurde über die Yser zurückgeworfen. Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingekerkert worden; die englischen Verluste in dem hart besetzten Gelände zwischen Meer und Yser sind sehr hoch, die Deute steht noch nicht fest.

Wiederum trugen unsere Krieger in tatkräftigster Weise trotz heftigen Sturms zum vollen Erfolge des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischer Wetters die Gefechtsintensität in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmungen von südlichen, rheinischen und Garde-Gruppen bei Meims, östlich der Sonnen und zwischen Maas und Mosel zeigten gute Ergebnisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meere keine größeren Kampfhandlungen.

Die Bewegungen östlich des Dniepr sind bisher wie geplant vollzogen worden.

Mazedonische Front.

Bulgarische Streitkräfte haben sich östlich des Doiran-Sees einen englischen Posten an. In der Struma-Ebene ist die englische Artillerie mehrere Divisionen in Brand.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

24500 Tonnen!

Berlin, 10. Juli. (Amtlich.)

1. Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 24500 Bsp. Meeres-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer „Ciele“ (6557 Tonnen) mit Munition und Weizen von Bolton nach Liverpool, „English Monarch“ (4947 T.) mit 8000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Livorno.

2. Fliegerangriffe auf russische Stützpunkte in der östlichen Ostsee:

In den letzten Tagen sind von unserer Flugzeugschwadern der nordbaltischen Küste die Batterien, Kasernen und Hafenanlagen bei Borol und Arensburg auf der Insel Deseb erfolgreich und wiederholt mit Bomben belegt worden, wobei Treffer und langandauernde Brände beobachtet wurden. Trotz heftiger Beschießung durch feindliche Batterien sind unsere Flugzeuge von allen Unternehmungen unverletzt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

des Volkes ohne eigenen Willen einer kleinen Minderheit fügt. Der innere Friede läßt sich nur dann erhalten, wenn diese kleine Gruppe sich damit abfindet, daß der Wille des Volkes in seiner Mehrheit allein entscheidend ist.

Die Lösung der inneren Krise aber wird zweifellos auch die Frage der Kriegszieleinstellung günstig beeinflussen. Wer die Verantwortung für die Folgen zu tragen hat, der wird genauer wägen als Unverantwortliche, die heute in Stockholm oder sonst irgendwo ihr Diktum abgeben. Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben unsere Friedensliebe gezeigt, wir müssen aber immer wieder und wieder den Gegnern sagen: Wir sind hart genug, um den Frieden zu erzwängen, den wir draußen. Wer uns nicht und Luft nehmen will, der mag sich wahren. Er tut es auf seine Gefahr.

Berlin, 10. Juli.

Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstags hat heute (Dienstag) nachmittags keine Beratungen über den Vorkurs der gemeinsamen Resolution, die dem Reichstags in der Friedensfrage vorgelegt werden soll, abgeschlossen. Auf Wunsch der nationalliberalen Mitglieder des Ausschusses wurde der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch einmal Gelegenheit gegeben, sich über diese Resolution zu entscheiden. Diese Entscheidung wird noch im Laufe des Dienstags erwartet. Dann wird das weitere Vorgehen im Plenum festgestellt werden.

Es bleibt nach wie vor unwahrscheinlich, daß die morgige (Mittwoch) Sitzung des Reichstags stattfinden wird. Sollte

sie stattfinden, so werden keinesfalls die Kreditvorlage und der Ausfuhrbericht über innere und äußere Politik, sondern vorwiegend der Gesetzentwurf über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zur Verhandlung kommen.

Berlin, 10. Juli. Die „Nord-Mitg.“ schreibt: Dem Vorgehen des „Berliner Lokal-Anzeigers“ entsprechend verbreiten heute auch die Berliner Neuesten Nachrichten die Angabe, der Reichstagsrat habe gestern im Hauptauschuss sein Verbleiben im Amt aus vaterländischem Interesse für notwendig erklärt. Wir stellen fest, daß diese Angabe eine reine Erfindung ist.

Noch immer keine Einigung unter den Parteien.

Das „B. Z.“ schreibt:

Am 14 Uhr nachmittags ab tagte gestern im Reichstagsrat die Konferenz der Fraktionsführer der Mehrheitsparteien. Sehr lange dauerte eine abermalige Sitzung der Nationalliberalen. Dem Vornehmen nach handelt es sich bei all den Beratungen immer noch um die Mehrheitsentscheidung über den Verhandlungsfrieden. Gegen acht Uhr ging die Fraktion schließlich auseinander, ohne, wie wir hören, einen Beschluß gefaßt zu haben. Man vertritt die anderen Parteien damit, daß man die Lösung der Kangel- und Ministerkrise abzumachen gedenke. Infolgedessen fanden gestern abend keine weiteren interfraktionellen Besprechungen mehr statt. Die anderen Parteien der Linken sollen aber nach wie vor entschlossen sein, ihre Resolutionen auch ohne die Nationalliberalen vorzubringen. Wie uns von anderer Seite erklärt wird, wollen die Nationalliberalen für den Fall, daß es zu einer Abstimmung kommt, ihren Mitgliedern die Abstimmung über die Entscheidung freilassen, so daß sich dann eine im Interesse der Klärung der Lage unbedingt erforderliche Veränderung der Anzionisten in der Partei von dem Rest der Fraktion in aller Öffentlichkeit vollziehen müßte. In der Mehrheitspartei der Nationalliberalen wird die Sache ferner im Falle einer Abstimmung mit Wahrscheinlichkeit übrigens auch ein großer Teil der Deutschen Fraktion gesellen.

Man nimmt an, daß der Reichstag sich heute wahrscheinlich alsbald verhandeln wird, ohne in die letzten Beratungen einzutreten. Nur rechnet man neuerdings mit einer Obstruktion der Konservativen, die nach der Andeutungen ihrer Presse beabsichtigt hätten, auch wenn die große politische Debatte morgen zunächst unterbleiben muß, auf alle Fälle die Abstimmung über den neuen Kriegskredit zu verlangen, offenbar in der Absicht, damit einen Keil in die neue Mehrheit der Linken zu treiben, deren äußerer Flügel schwerlich geneigt sein dürfte, den Kriegskredit in diesem Augenblick einer Regierung zu bewilligen, die sich zu den Forderungen der Mehrheitsparteien nicht geäußert hat.

Auf die Tagesordnung der heutigen Vollkammer des Reichstages ist noch eine Reihe neuer Punkte gesetzt worden, wie z. B. die Vorlage über die Wiederherstellung der Parteibefreiung und andere kleine Vorlagen. Gegen den Verzicht, die Kriegskredite bis zur Lösung der Krise von der Tagesordnung abzusetzen, wollen die Konservativen protestieren. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Es verläutet, daß die Tagesordnung der morgigen Reichstagsitzung, Mittwoch, 11. d. M., deshalb abgeändert, die Kreditvorlage abgesetzt werden soll, weil eine Vereinbarung der Regierung mit der Linken und dem Zentrum über die innerpolitische Neugestaltung noch nicht einigwillig erreicht ist. Die konservative Fraktion soll — wie weiter verlautet — beabsichtigen, hiergegen mit der Begründung Einspruch zu erheben, daß die Entscheidung über diese Frage des wichtigsten Verteidigungsmittels unseres Vaterlandes nicht von Vereinbarungen über innerpolitische Verhältnisse abhängig gemacht werden dürfe. In dieser Fraktion nur die eine Notwendigkeit bestehen, dem Vaterlande ohne Gegenleistung das zu geben, dessen es in der Stunde der Not bedarf.“

Diese Demonstration hat natürlich nur den Zweck, die Mehrheit für einen Verhandlungsfrieden und für innere Reformen zu spalten. Ein Erfolg dürfte ihr schwerlich beschieden sein.

Vom Wollfischen Telegraphen-Bureau wird über die gestrigen Vorgänge noch folgende Nachricht ausgegeben: WTW. Berlin, 10. Juli. Der Kaiser hörte heute nachmittags die Vorträge des Reichstags, des Ministers des Innern v. Loebel, des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini und die militärischen Vorträge.

Der freikonservative Führer Freyler v. Jellich und Neufeld soll sich bemühen, das Zentrum und die Konservativen in Preußen wenigstens wieder zusammenzuführen. Es hat nämlich, nach dem „Berl. Tagebl.“, in einem Zimmer des Reichstages eine lange Besprechung zwischen dem Führer des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhause, dem Ersten

Wegpräsidenten des Abgeordnetenhauses, Geheimen Rathsrat Dr. Wolf, dem Führer der Konservativen, Abg. v. Sodenbrandt und des Grafen, dem Führer der Freikonserwativen, Freiherrn v. Zedlitz, stattgefunden.

Zeitungsstimmen zur Krise.

Berlin, 11. Juli. Zur Frage der Beseitigung von Sozialisten in bürgerlichen Regierungen sagt Friedrich Stampfer in „Vorwärts“: Die Sozialdemokraten dürfen keiner Regierung angehören, die eine Obrigkeitserklärung oder eine Mittelung zwischen einer solchen und einer parlamentarischen sei, sondern nur einer rein parlamentarischen Regierung.

Berlin, 11. Juli. In Beurteilung der innerpolitischen Krise schreibt die „Post“, es habe ja den sämtlichen Ansichten, als sei nach dem ursprünglichen parlamentarischen Vorstoß, der offenbar auf die Durchziehung des rein demokratischen Gehalts abgesehen habe, bereits wieder eine rücksichtige Bewegung im Gange. Weiter weiß das Blatt, der Kriegstreiber müsse warten, die Parlamentarier warte voran. Wenn das die Zeichen einer neuen Zeit seien, wenn regeres parlamentarisches Leben sich so äußere, so scheint dem deutschen Volke kein reiches Leben zu winken.

Zur Frage der Kreditbewilligung sagt die „Deutsche Tageszeitung“, es dürfe dabei kein Fesseln um Begünstigungen geben. Das würde die schwerste Verwundung gegen das Herz und das Rand sein.

Nach dem „Lof.-Anz.“ gehen die in parlamentarischen Kreisen umlaufenden Nachrichten und Gerüchte kein wahrheitsgetreues Bild von der wirklichen Sachlage. Aber sie verläßt den Eindruck, daß die Stellung des Reichstages innerhalb der letzten 24 Stunden keine Festigung erfahren habe.

Die „Postische Zeitung“ weist der Ansicht zu, daß bei der weiteren Verhinderung der Kaiserliche Ernennung der auswärtigen Politik den Ausschlag geben werden können.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, das Situationsbild könne nicht die Hoffnung erwecken, daß aus der Krise mit einem Schlage eine Neuordnung der Dinge hervorgerufen werde, die das Reich vor weiteren inneren Krisen bewahren könne.

Der „Deutschen Zeitung“ wird aus Abgeordnetenkreisen geschrieben, Herrn v. Bethmann Hollweg's Schicksal sei entscheidend. Sein Freund Erberger habe ihn gefüllt.

Der „Deutschen Zeitung“ wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß man im Falle der beschlossenen Parlamentarisierung der Reichsregierung mit einem entschiedenen Widerstand des Bundesrates zu rechnen haben dürfte.

Nach den „Berliner Neuesten Nachrichten“ könnte der Kanzler der Krise schon ein Ende bereiten dadurch, daß er sein Amt in die Hände des Kaisers zurücklege.

Die Welt als Zuschauer.

Man schreibt uns: Es ist selbstverständlich, daß bei der soviel Neues schaffenden Bewegung, die jetzt unser innerpolitisches Leben ergreift hat, Europa, nein, buchstäblich die ganze Welt als gespannter Zuschauer zur Seite steht. Es ist ebenso selbstverständlich, daß der Eindruck, den die Ereignisse und Einschüffe, zu denen die deutsche Nation sich bringt, nach und nach machen, für uns in anderer Weise wirkt. Wir stellen unser Haus nach eigenem Ermessen und für unsere eigenen Bedürfnisse. Aber da die Wirkung nach außen doch einmal nicht ausbleiben kann und in gewisser Hinsicht auch nicht ausbleiben soll, was wir es gut sein, sich klar zu machen, was wir da wohl zu erwarten haben und worin wir uns hüten müssen.

Zu erwarten haben wir natürlich, daß diejenigen unter den uns feindlichen Ländern, die die Fortführung des Krieges bis zur Zerstückelung Deutschlands auf ihre Fahne geschrieben haben, versuchen werden, aus den Vorgängen Kapital zu schlagen, um die Kriegslösung bei ihrer Bevölkerung zu haben. Das gilt von England, mehr noch von Frankreich, wo, wie die eben erwähnten Zusammenhänge ergeben haben, das Vertrauen zur Regierung stark im Sinken begriffen ist, es oft wohl auch von Italien, wo die Ueberzeugung von der Unabsehbarkeit Deutschlands längst sich der weitesten Ausdehnung bemächtigt hat. Wir müssen nun damit rechnen, daß die scharfe Kritik, die an der Kriegspolitik der Regierung im Parlament geübt worden ist, drüben gehörig als ein Element der Schwäche angesehen werden wird. Man wird es so beurteilen, als sei ein unheilbarer Zwiespalt zwischen Volk und Regierung bei uns ausgebrochen, als habe sich eine revolutionäre Stimmung des Volkes und einer parlamentarischen Regierung bemächtigt und anders mehr. Das möglichen Wähler wissen natürlich, daß das nicht der Fall ist. Sie sind über die Zustände bei uns ganz informiert. Aber sie haben eben das Interesse, die Dinge so darzustellen, wie sie werden vielleicht auch Günstige finden. Das braucht uns aber nicht aufzuregen. Maßgebend für uns ist das folgende: es braucht nur dafür Sorge zu werden, daß die Aktion des Parlaments in ihrem Verlauf die Ausdehnungen von der verzweifelten Stimmung und dem gesunkenen Vertrauen zu Nutzen für den deutschen Reim im Einklang bringen. Und das wird bei einigermaßen entschlossenen Vorgehen der Parteien nicht allzu schwer sein. Einigen sich die Parteien auf eine Erklärung über die Kriegspolitik, zu haben sei es in der Hand, klar zu machen, daß der Wunsch nach Frieden, der uns befeht, nicht mit einer aus Verzweiflung geborenen Friedenssehnsucht zu verwechseln ist. Die Dinge liegen ja in Wahrheit doch so, und das muß Feinden und Neutralen klar gemacht werden, daß unsere Friedensbereitschaft sich auf die Tatsache gründet, daß das deutsche Volk die Kriegspolitik dank der guten inneren Verhältnisse bereits erträgt. Wir haben den uns aufzunehmenden Kampf aufzunehmen und mit aller Macht durchzuführen, und unsere Leistung zu sichern, und diese unsere Leistung ist gesichert. Wird dies in einer einmütigen Entscheidung von der großen Mehrheit des Reichstages ausgesprochen, der gewiß im Besitze eines hohen Selbstbewusstseins ist, so werden keine Auswegslösungen den Eindruck abzumachen können. Voraussetzung wird natürlich sein, daß die Regierung sich zu einer solchen Entscheidung nicht in Gegenwart stellt. Und eine solche Harmonie zwischen Regierung und Volkserwartung herzustellen, das ist ja eben der Zweck der Bewegung, die gegenwärtig im Gange ist; wir können uns sehr darauf verlassen, daß die Herstellung dieser Harmonie den Eindruck der Stärke und Gesetzmäßigkeit bei den Zuschauern in der Welt bringen werden wird. Sie wird auch jeden Zweifel darüber beseitigen, daß das deutsche Volk, wenn die erneute, „authentische“ Bestätigung seines Friedenswillens abgemessen wird, mit doppelt gemehrter Kraft einmütig und im vollen Vertrauen auf seine Forderung weiterarbeiten wird bis zum Siege, der ihm nicht mehr entzogen werden kann.

Das ist es, was wir zu erwarten haben. Hüten müssen wir uns dagegen vor einem, vor der perfiden Umstellung, als sei die Bewegung, die mit Parteilosigkeit aus dem Ergebnis dieses Krieges hervorgegangen ist, bei uns auf Geheiß und unter dem Druck des feindlichen Auslandes entstanden. Es kann nicht energig und einseitig genugsam die Illu-

Aufführung darüber zum mindesten nach dem neutralen Ausland getragen werden. Sondern der englische als der französische Ministerpräsident haben die deutsche Reichsregierung, sich demokratische Reformen zuzulegen unter der Bedingung, daß dies ihm eine vortreffliche Behandlung sichern werde. Herr Bismarck hat vollends die „Befreiung des deutschen Volkes“ als eines der amerikanischen Kriegsjahre bezeichnet. Wir danken bestens für diese Befreiung. Das kam nicht laut und nicht erlöst genug überhört ausgeprochen werden. Die völlige Untertänigkeit der deutschen Bevölkerung, die die Waise der Bevölkerung in den feindlichen Ländern beherrschte, wird es möglicherweise den Regierungen dieser Länder, „Kriegsminister“ dieser Reichspolitiker hinzuführen. Das kann von uns nicht zugegeben werden, am wenigsten gerade von den liberalen Parteien, die an der Befreiung der Schranke, die sich einer gleichberechtigten Mitwirkung des Volkes an der Bestimmung seiner Geschicke entgegenstellt, hat, am eifrigsten mitwirken. Die Widerlegung ist auch schon gegeben durch die Art, in der sich die Krise abwickelt, durch die untergeordnete Haltung der Krone verfassungsmäßig zutreffenden Rechte, die durch die Willkür der Regierungen dieser Länder, die wir allen zu „revolutionären“ Experimenten auferlegenden Verordnungen der Feinde entgegengebracht.

Wir könnten ihnen mit Recht erwidern: „La Germania farà da sé“; wir bestimmen frei unser Schicksal nach innen und außen, und wenn sie der erneuten Friedenshandlung, zu der wir uns rufen, die gleiche Waise wie früher zuteil werden lassen, werden sie erkennen, daß wir das Schicksal völlig zu unseren Gunsten zu bestimmen stark genug sind.

Amsterdam, 10. Juli. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß alle englischen Blätter mit großer Aufmerksamkeit die politische Krise in Deutschland verfolgen. Selbst die Erregung über den Luftangriff werde dadurch in den Hintergrund gedrängt. Man verfolge die Ereignisse im allgemeinen mit objektiver, aber tiefem Interesse.

Die Wirkung des Friedensereignisses. Vor wenigen Wochen hat sich in einem neutralen Lande ein hoher englischer Offizier in vertrautem Kreise über die Kriegslage ausgesprochen. Dabei sagte er, daß England im vergangenen Jahre nicht abgesehen gewesen sei, einen Frieden zu schließen, dies sei aber unmöglich geworden durch das im Uebermaße eintreffende Friedensgerede in Deutschland, das in England schließlich den Eindruck erwecken mußte, als ob Deutschland am Ende seiner Kraft angelangt sei. In England habe sich daher die Ueberzeugung verbreitet, daß es sich nur noch darum handle, einige Zeit auszuhalten, um Deutschland vollkommen niederzulegen. Der englische Beurteiler der Lage konnte sich dabei nicht die Bemerkung verlagern, daß dem rein tatsächlichen Standpunkte aus nichts trübsüchtiger sei als das unerlöste Friedensgerede gewisser Kreise in Deutschland.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Was jetzt hat aber noch kein Wort den Ton angeschlagen, als ob die Demokratisierung der deutschen Politik den Friedensschluß erleichtern würde, vielmehr werden alle Ereignisse rein so beurteilt, als ob sie aus wirtschaftlicher Notlage hervorgehen sind.

Amsterdam, 11. Juli. Die „Wasser Nachrichten“ melden aus Mailand: Die heutigen Morgenblätter widmen den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland einen breiten Raum; sie erwarten einen Wechsel sowohl in den Personen wie im System.

Abend Abend fanden an verschiedenen Stellen Londons beschleunigte Anträge statt. Im Stadtrat gelang es, die großen Vorkommen die Geschäfte, deren Eigentümer Deutsche sind, an zerschmetterten die Schaufenster, warfen die Waren und die Einrichtungen auf die Straße, verbrannten sie oder zerstörten sie in Eile. Die Bevölkerung Londons fordert energig, daß die Behörden in Zukunft, sobald sie feindliche Propaganda in London nähern, sofort die Geschäfte schließen lassen sollten, damit die Bevölkerung sich bei Zeiten in Sicherheit bringen könne. Der Grund für die Taten, daß diesmal die Anzahl der Opfer nicht groß war, ist ohne Zweifel der, daß die Leute Zeit fanden, sich in Sicherheit zu bringen, sobald die Ueberfallstrassen zu schließen begannen. Kurz nach dem Ende des Luftangriffes berief Lord George das Kabinet und hielt eine besondere Sitzung gemeinsam mit dem Luftfahrtminister Lord Montagu und dem Kriegsminister Lord Curzon ab.

Die englische Baumwollkrise. WTB. Bern, 10. Juli. Infolge der Baumwollkrise stehen dem „Manchester Guardian“ zufolge 20-25 Proz. der Spinnfabriken vor dem Ruin. Das Geschäft liegt ganz daunter. Die zur Ergründung geeigneter Maßnahmen eingesetzte neue Baumwollkontrollkommission hat Formulare zur Ermittlung der Rohbaumwollbestände der einzelnen Spinnereien sowie deren Rohwollverbrauch ausgeben. Wie pessimistisch die Lage beurteilt wird, ergibt die Tatsache, daß einige Spinnereien, ohne das Ergebnis der Ermittlungen abzuwarten, den Betrieb gänzlich eingestellt haben.

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-

Amsterdam, 11. Juli. Der russische Ministerpräsident äußerte sich, eine Verwirklichung der gegenwärtigen Bestrebungen der Alliierten werde nicht er-